

UNdemokratische Übernahme

Die Eliten begnügen sich nicht länger damit, faktisch und indirekt das Geschehen zu bestimmen — sie greifen offen nach der Weltherrschaft.

Dank eines fruchtbaren Empörungsmanagements wird der Debattenraum zumeist von Nebelkerzen, Strohmännern und Testballons dominiert. Nebenschauplätze des allgegenwärtigen Wahnsinns werden mit Feuereifer bespielt. Derweil arbeiten die Vereinten Nationen (UN) weitgehend unbeobachtet daran, aus „Global Governance“ endlich „Global Government“ zu machen. Zeit, oppositionelle Ressourcen auf die Wurzel des antidemokratischen Übels unserer Epoche zu fokussieren.

von [Tom-Oliver Regenauer](#) Manova

„Great Reset“ war gestern. Auch die Nummer mit dem globalen Impfpass ist durch. Er wird kommen. Und auch die von der „Green Digital Economy“ befeuerte Verarmungsspirale wird unentwegt weiterlaufen. Genau wie die künstliche Verknappung und Synthetisierung unserer Lebensmittel oder flächendeckendes Geoeengineering mit seinen unschätzbaren Implikationen für Flora und Fauna.

Das Aufwärmtraining ist beendet. Das konditionierende Corona-Camp geschlossen, die „Global Governance“ der „Public-Private-Partnerships“ im Lebensalltag etabliert.

Deutungselitäre Dominanz, überwachungsstaatliche Technokratie, Biosicherheitsdoktrin, Erziehungs- und Haltungsfunk, algorithmisierte Zensur, Verkehrs-, Energie- und Zeitenwende, Vierte industrielle Revolution und QR-Code-Dystopia. Ein Leben mit „Smombies“ und Internet-Blasen, statt Mitmenschen und Gemeinschaftssinn. „Das große Narrativ“, das „neue Normal“. Alles längst Realität.

Ja, das Schlachtfeld, auf dem derzeit um Autonomie und freiheitliche Gesellschaftsentwürfe gekämpft wird, es ist ein weites. Und auch wenn der auf breiter Front geführte Klassenkampf von oben etwas an Momentum verliert, der internationale Korporatismus ist gut aufgestellt, der Propaganda- und Nudging-Apparat gut eingeschliffen.

UNdemokratische Übernahme

So dient, dank ausgefeilten Social Engineerings, nahezu jede gesellschaftliche Strömung, jede Disruption und jede Emotionsamplitude der neofeudalistischen Transformationsagenda einer transatlantischen Plutokratie. Auch der Widerstand.

Zudem absorbiert das übersteuerte Diskurs-, Daten- und Dokumenten-Massaker im langatmigen Stellungskrieg mit bürokratischen Windmühlen Energie und trübt zusehends die Wahrnehmung. Häufiges Ergebnis: weißes Rauschen. Orientierungslosigkeit. Wilder Aktionismus, dann Burn-out. So funktioniert Informationskrieg.

Ob der Vielzahl an Frontlinien schlagen sich viele an diejenige durch, an der sie glauben, persönlich am meisten ausrichten zu können. Oder an jene, die der eigenen Existenz gegenüber am bedrohlichsten erscheint.

Empörungsmanagement eben – die über Displays ausgelieferte Variante von „Divide et impera“.

Während also vielerorts noch immer über den Great Reset lamentiert wird und man sich völlig zurecht darüber echauffiert,

dass internationales Reisen wohl bald nicht mehr ohne den technokratisch-totalitären Gesundheitsnachweis einer demokratisch nicht legitimierten, von Big Pharma korruptierten WHO möglich sein wird, zieht der gesichtslose Kontrahent an den schlecht einsehbaren Seitenflanken weitaus gefährlichere Geschütze zusammen. Denn einem global geltenden Gesundheitsspass ist vermutlich noch irgendwie zu entkommen, sei es dadurch, dass man das Reisen einstellt, einem global geltenden Steuersystem dagegen kaum.

Und genau daran arbeiten die Vereinten Nationen (UN), die korrupte Nachfolgeorganisation des 1920 gegründeten und 1946 aufgelösten Völkerbundes, fieberhaft. Unter dem Titel „Our Common Agenda“ („Unsere gemeinsame Agenda“) kündigte UN-Generalsekretär António Guterres bereits im September 2021, zum 75. Geburtstag der Vereinten Nationen an, die Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) der Agenda 2030 beschleunigen zu wollen. Dazu brauche es laut Guterres dringend mehr Schwung. Denn noch immer seien „Probleme“, die seitens der UN bereits 2015 benannt wurden, nicht gelöst.

Damit bezieht sich Guterres vor allem auf zwischenstaatliche Vertragswerke, die bis dato nicht alle Mitgliedsstaaten unterzeichnet haben. Aus berechtigter Sorge vor endgültigem Verlust jedweder nationalstaatlichen Autonomie.

Bisher besteht die „Global Governance“ aus einem vordergründig chaotisch erscheinenden, vermeintlich schlecht verzahnten Geflecht von supranationalen Organisationen: IWF, Weltbank, UNESCO, WHO, WEF, CFR, IPCC, Chatham House, unzählige NGOs und Think Tanks, et cetera.

UNdemokratische Übernahme

Um daraus das zu machen, was sich Initiatoren und Financiers der UN mit ihren mittlerweile gut 60 Suborganisationen vorstellen – „Global Government“ – braucht es ein verbindendes Element.

Und das ist entgegen landläufigen Annahmen nicht der internationale Impfpass, digitales Zentralbankgeld oder eine weltweit gültige Einheitswährung, sondern ein global geltendes Steuersystem.

Erst ein solches macht aus einem losen Verbund organisatorischer Einheiten einen Staat, konstituiert eine Regierung. Sollte es auf globaler Ebene implementiert werden, **kann man also tatsächlich von einer Weltregierung sprechen.**

Die Generalversammlung der von finanziellem Filz und Misswirtschaft verseuchten Vereinten Nationen stimmte Guterres' Vorschlag zu und plant nun ein Meeting namens „Summit for the Future“ („Gipfel für die Zukunft“), das vom 22. bis 23. September 2024 stattfinden soll.

Zur Vorbereitung dieses Zukunftsgipfels, der wohl eine Art Endspurt auf dem Weg zur vertraglich fixierten Weltregierung einläuten soll, findet vom 18. bis 19. September 2023 bereits der „Nachhaltigkeitsgipfel“ (SDG Summit 2023) in New York statt. Laut Guterres markiert dieses in wenigen Wochen stattfindende Meeting das Ende der ersten Halbzeit auf dem Weg zur Vollendung der Agenda 2030.

Sie haben es eilig da oben im Elfenbeinturm der Macht. So hält man im UN-Hauptquartier auch nicht mehr mit den eigentlichen Zielen der supranationalen Organisation hinterm Berg. Gab man sich bislang trotz Korruptionsskandalen, die selbst der Mainstream nicht ignorieren konnte, redlich Mühe, als friedvoller Patron der „Global Common Goods“ (GCG) zu erscheinen, als Hüter der Menschenrechte, der Ozeane, der Ozonschicht und der Antarktis, belegen neue Papiere des Globalistenzirkels im „Big Apple“ – die „Our Common Agenda Policy Briefs“ –

dass die UN nichts Geringeres im Sinne hat, als sich endgültig zur formalen Weltregierung aufzuschwingen.

Denn zum einen erweitern die Vereinten Nationen ihren Machtanspruch damit schamlos auf zwei weitere „globale Gemeinschaftsgüter“: das für lückenlose Überwachung des Planeten relevante Weltall (Policy Brief 7) sowie den digitalen Raum (Policy Brief 5). In beiden Domänen geht es um

„Full-Spectrum Dominance“. Zum anderen übt man mittels „Common Agenda“ immer stärkeren Druck auf die 193 Mitgliedsstaaten aus, sich vollends dem Diktat der UN-Generalversammlung und **damit dem Willen der angloamerikanischen Hochfinanz zu unterwerfen.**

UNdemokratische Übernahme

Wie die Vereinten Nationen ihrer Rolle bei der Bewirtschaftung beziehungsweise Beschneidung des digitalen Raumes verstehen, wurde im Zuge der Coronakrise mehr als deutlich.

Schon im März 2020 sprach Guterres von einer „Infodemic“ und von „Informationsverseuchung“, rief zur Unterdrückung von missliebigen Informationen in punkto COVID-19 auf. Am 30. April 2020 legte die „Abteilung für globale Kommunikation“ der UN nach und führte aus, mit welchen fünf Maßnahmen man gedenkt, dieser „Infodemie“ Herr zu werden. Im August 2022 erklärten die Vereinten Nationen „gefährlichen Verschwörungstheorien“ und „Falschinformationen“ gar offiziell den Krieg. Dazu rief man die Online-Kampagne „Think Before Sharing“ ins Leben. Denn weder die Coronakrise noch die Welt werde im Geheimen von einer Finanzelite kontrolliert, ließ man aus New York verlautbaren.

Und obwohl sich zwischenzeitlich herauskristallisiert hat, dass die Corona-Maßnahmengeegner mit praktisch allen Kritikpunkten richtig lagen, es also kaum Fehlinformation, dafür aber eine Menge valider Gegenargumente gab, führen die Vereinten Nationen ihren Kampf um Deutungshoheit unvermindert fort, wie Anmerkungen von António Guterres während einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates im Juli 2022 unterstreichen.

Das Vorgehen ist bekannt und deckt sich mit Plänen und Prozessen der Europäischen Kommission.

Alles, was nicht der vom oberen Ende der Nahrungskette goutierten Einheitsmeinung entspricht, wird entweder als Fehlinformation oder Hassrede abgestempelt. Konträre Positionen, sachliche Kritik und offener Diskurs werden kriminalisiert. Damit kämpfen diese Institutionen nicht gegen Hassrede, sondern gegen jene Rede, die sie hassen. Es ist die Installation eines global agierenden Wahrheitsministeriums nach orwellschem Vorbild. Siehe UN Policy Brief 8 vom Juni 2023 zum Thema „Informationsintegrität auf digitalen Plattformen“.

UNdemokratische Übernahme

Oder das vorgängig erwähnte Policy Brief 5 vom Mai 2023 namens „A Global Digital Compact“, das sich der Schaffung einer „offenen, freien und sicheren digitalen Zukunft für alle“ widmet, und in Deutschland von einem „Global Compact Netzwerk“ unterstützt wird. Dass mit dem exakten Gegenteil der im regenbogenbunt anmutenden Slogan verwendeten Adjektive zu rechnen ist, dürfte dem informierten Beobachter längst klar sein. Frei nach Walter Ulbricht: **„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“**

Gleichermaßen bedenklich sind die Pläne der Vereinten Nationen, eine „Notfall-Plattform“ zu etablieren, die eine international harmonisierte Reaktion auf „komplexe globale Schocks“ ermöglichen soll. Siehe Policy Brief 2, das vom März 2023 datiert. Dabei handelt es sich nicht um ein simples Online-Tool, das im Falle tatsächlicher Katastrophen wie Erdbeben für eine schnelle Bereitstellung von Hilfsgütern sorgen soll, sondern um ein bindendes Regelwerk, das alle Mitgliedsstaaten dazu zwingt, unisono auf eine von der UN ausgerufene Krisensituation zu reagieren. Als Beispiele für solche „Schocks“ führt das Dokument folgende Szenarien an: **Pandemien, klimawandel-induzierte Events, die Unterbrechung internationaler Waren- oder Finanzflüsse, Disruptionen im Cyberspace, Vorkommnisse im Weltraum und sogenannte „Black-Swan-Events“ – sprich, unvorhergesehene Vorkommnisse aller Art.**

Was die Vereinten Nationen den Mitgliedsstaaten mit dieser schwammig formulierten Entscheidungsvorlage zur Ratifizierung vorlegen, ist nichts anderes **als ein Blankoscheck. Ein Freibrief zu machtbesoffener Willkür.** Das Papier führt obendrein an, dass besagte „Schocks“, oder die konzertierte Reaktion darauf, zur Einschränkung der allgemeinen Menschenrechte führen können – inklusive struktureller Diskriminierung oder anderer Ungerechtigkeiten.

Um besser auf diese vagen Bedrohungen vorbereitet zu sein, will die UN ihre strategische Vorausschau optimieren. **Dazu soll ein „Future Lab“, ein Zukunftslabor eingerichtet werden, das regelmäßig Risikobewertungen publiziert.** Das erklärte Ziel ist, dass bis 2027 jeder Mensch auf diesem Planeten Zugriff auf diese Risiko-Reports und die besagte Notfall-Plattform hat. Der schwedische Wissenschaftler und Autor Dr. Jacob Nordangard schreibt diesbezüglich am 21. März 2023 auf seiner generell empfehlenswerten Internetseite:

„Die Veröffentlichung globaler Risikoberichte erfolgt nach dem Vorbild des UN-Partners Weltwirtschaftsforum (WEF)(...) und der Global Challenges Foundation, Partner des hochrangigen UN-Gremiums für wirksamen Multilateralismus, (...) einige in Zusammenarbeit mit dem Future of Humanity Institute des Transhumanisten Nick Bostrom. (...). Die engen Verbindungen zwischen diesen Organisationen zeigen, woher das Fachwissen stammt. Letztes Jahr schlug Johan Rockström, Vorstandsmitglied der Global Challenges Foundation, zusammen mit Thomas Dixon vom Canadian Cascade Institute die Einrichtung eines internationalen Forschungsprogramms zu Polykrisen vor, um das Future Lab der Vereinten Nationen zu unterstützen.

UNdemokratische Übernahme

Ziel des Konsortiums ist es, kausale Mechanismen zu erkennen, die eine Polykrise hervorrufen können, und umsetzbare Maßnahmen zur Minderung dieses Risikos vorzuschlagen. (...)

Sowohl die physische Welt als auch die Menschheit werden als System betrachtet, das beeinflusst und in eine gewünschte Richtung gelenkt werden kann. Das Cascade Institute wurde kurz nach der Ausrufung der Pandemie im Jahr 2020 durch einen Zuschuss der kanadischen McConnell Foundation gegründet, um Schlüsselmaßnahmen zu identifizieren, die den Klimawandel eindämmen können. Rockström, der Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Cascade ist, legt auch die Grenzen für menschliches Handeln durch die Earth Commission im Global Commons Alliance Projekt des Rockefeller Philanthropy Advisor fest, während zum Beispiel das Potsdam-Institut eigene Future Labs betreibt. Man kann davon ausgehen, dass sowohl Rockström als auch Dixon Teil der entstehenden wissenschaftlichen Priesterschaft sein werden, die die Belastbarkeit des Planeten berechnen (...) und auf dieser Grundlage die UN vor globalen Schocks warnen werden. (...) Alles hängt eng mit der zukunftsorientierten Arbeit der UN zusammen, die im zeitgleich veröffentlichten Policy Brief 1 – To Think and Act for Future Generations – behandelt wird. (...)

Kurz gesagt: dadurch entsteht ein Mechanismus, der Gefahr läuft, für die Menschheit gefährlicher zu werden als die Krisen, die er bewältigen soll. Besonders wenn man bedenkt, dass unser individueller CO₂-Fußabdruck als so unhaltbar gilt, dass er laut Club of Rome, Potsdam-Institut und Global Commons Alliance einen planetarischen Notfall rechtfertigt. Sogar UN-Generalsekretär António Guterres hat diese Rhetorik übernommen. Es muss in diesem Kontext an das „Fortress World-Szenario“ aus dem im Jahr 2002 publizierten Bericht „The Great Transition: The Promises and Lures of our Times“ der Global Scenario Group erinnert werden. Dort heißt es:

Auf der Grundlage einer neu gestalteten Organisation der Vereinten Nationen wird der weltweite Notstand ausgerufen. Eine Kampagne mit überwältigender Gewalt, rauer Justiz und drakonischen Polizeimaßnahmen fegt durch Brennpunkte von Konflikten und Unzufriedenheit.“

Angesichts dieser **intransparenten Zusammenhänge**, des Einflusses, den sich die Vereinten Nationen seit dem Zweiten Weltkrieg gesichert haben, und den Planungen der Organisation bis 2030 wird deutlich, dass nicht mehr allzu viel fehlt, um aus der herrschenden „Global Governance“ endlich „Global Government“ zu machen – die seit jeher als Verschwörungstheorie verfemte Weltregierung.

Die finale Ausbaustufe eines gesichtslosen Imperiums, auf das demokratische Prozesse keinerlei Einfluss mehr haben. Ein bürokratisches Monstrum, das ein über technokratische Methoden anonymisiertes Kollektiv per Bildschirm steuert.

UNdemokratische Übernahme

Der Schlussstein auf dem Weg zur neokolonialistischen Versklavung der Zivilisation ist ein global geltendes Steuersystem. Und genau das planen die Vereinten Nationen mit Policy Brief 6 vom Mai 2023 unter dem Titel „Reformen der internationalen Finanzarchitektur“.

Ab Seite 28 des Dokumentes beschreibt die Organisation verklausuliert und unter Verwendung der üblichen Wohlfühlphrasen-Nomenklatur, wie ein länderübergreifendes, international harmonisiertes Steuersystem auszusehen hat.

Mit den Arbeitsanweisungen 15 bis 17 fordert die UN ihre Mitgliedsstaaten auf, entsprechende rechtliche und technische Voraussetzungen zu schaffen.

Zum Abschluss des entsprechenden Paragraphen fordert der Globalistenbund:

„Aktion 17: Schaffen Sie einen nicht-reziproken Steuerinformationsaustausch und Mechanismen, die Entwicklungsländern nutzen. Veröffentlichen sie Informationen zur wirtschaftlichen Eigentümerschaft für alle juristischen Personen.

Die internationale Gemeinschaft sollte Mechanismen zur automatischen Bereitstellung von Bankdienstleistungen und Finanzkontoinformationen für Entwicklungsländer entwickeln, bei denen das Risiko einer illegalen Nutzung von Finanzströmen besteht, wodurch sie von den bestehenden Steuertransparenzmechanismen profitieren können, während die Fähigkeit, vollumfänglich Teilnehmer dieser Mechanismen zu werden, nach und nach ausgebaut wird.

Internationale Abkommen sollten geändert werden, um den lokalen Autoritäten eine breitere Nutzung der im Rahmen von Steuerabkommen ausgetauschten Informationen zu ermöglichen, beispielsweise bei der Verfolgung nichtsteuerlicher Finanzverbrechen. Als erster Schritt sollte die länderspezifische Berichterstattung von multinationalen Unternehmen reformiert werden, um Informationen im Rahmen der Unternehmensberichterstattung öffentlich zugänglich machen. Die Länder sollten Systeme zur Transparenz wirtschaftlicher Eigentumsverhältnisse mit einer breiten Abdeckung sowie die automatisierte Überprüfung und Veröffentlichung von Informationen stärken. Solche Register wären bahnbrechende Entwicklungen beim Versuch, große Vermögen und multinationale Unternehmen ordnungsgemäß zu besteuern.“

Klingt schwülstig und komplex, bedeutet aber nichts anderes als: Sorgen Sie dafür, dass jegliche Finanzinformationen automatisiert gespeichert und den Behörden länderübergreifend zur Verfügung gestellt werden, **damit wir jeder nicht genehmen Finanztransaktion Einhalt gebieten oder diese entsprechend besteuern können – weltweit.**

UNdemokratische Übernahme

Wir fangen mit den multinationalen Konzernen und Vermögenden an. Dann sind die Bürger an der Reihe.

So verständlich wie berechtigt also die Mobilisierung gegen einen globalen Gesundheitspass oder die WHO, gegen individualisiertes CO2-Tracking und einen Bildungsansatz, der Pädophilie salonfähig macht, sein mögen – diese Unterfangen greifen zu kurz. Sie sind ein Kampf gegen Symptome eines Tumors, der trotz operativen Eingriffs weiter streut, ein Versuch, die Arme einer Hydra zu amputieren, die dabei keinen substanziellen Schaden nimmt. Das eigentliche Problem manifestiert sich eine Ebene höher.

Es ist die skandalumwitterte UN, der es Einhalt zu gebieten gilt. Das erklärte Ziel jeder basisdemokratischen, voluntaristischen oder anarchistischen Bewegung muss demnach sein, die Vereinten Nationen, die nichts anders sind als ein neofeudalistischer Globalistenbund der angloamerikanischen Hochfinanz, aufzulösen oder wenigstens zu verlassen und sie durch einen „von unten“ getragenen Völkerbund echter Völkerverständigung auf Augenhöhe zu ersetzen.

Nicht nur die Inklusion heuchelnden Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 sind ausreichender Beleg dafür, dass die Pläne der UN totalitaristischen Charakter haben. Immerhin stehen das „Recht auf ein Bankkonto“ oder das „Recht auf eine digitale Identität“ eher für Pflichten als für auf humanistischen Überzeugungen fußende Grund- oder Menschenrechte.

Selbst die per UN-Resolution im Jahr 1948 ratifizierte Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht. Denn nach 29 blumig formulierten Artikeln zu allen möglichen Rechten stellt der Eliten-Club in Paragraphen 29.3. unmissverständlich klar:

„Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.“

Darauf folgt der abschließende Artikel 30, der zusätzlich festhält:

„Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.“

Im Klartext: Wer nicht die gleichen Ziele hat wie die UN oder sich gar erdreistet, gegen die Organisation vorzugehen, hat überhaupt keine Rechte!

Tom-Oliver Regenauer, Jahrgang 1978, war nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig, unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Seit Mitte der 90er-Jahre ist er zudem als Musikproduzent und Texter aktiv und betreibt ein unabhängiges Plattenlabel. regenauer.press